

## Protokoll 10/2017

**Grosser Gemeinderat von Zug**

**Sitzung vom Dienstag, 31. Oktober 2017, 17.00 – 18.30 Uhr, Kantonsratssaal,  
Regierungsgebäude, Zug**

### **Begrüssung, Entschuldigungen und Traktandenliste**

**Ratspräsident Hugo Halter** eröffnet die zehnte Sitzung des Grossen Gemeinderats in diesem Jahr und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderats und des Stadtrates auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelte Gäste.

Für die heutige Sitzung entschuldigt haben sich die Gemeinderäte Barbara Gysel, Monika Mathers, Anna Spescha und Karen Umbach; die übrigen 36 Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind anwesend.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

**Ratspräsident Hugo Halter** geht ohne Intervention aus dem Rat davon aus, dass dieser allfälligen Ton- und Bildaufnahmen während der Ratssitzung stillschweigend zustimmt.

### **Ergebnis:**

**Ratspräsident Hugo Halter** stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird. Der Rat erklärt sich damit einverstanden, dass während der Sitzung Bild- und Tonaufnahmen gemacht werden.

Nr. Traktandum

1.	Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 9 vom 26. September 2017
2.	Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
3.	Reglement über die Benützung der öffentlichen Anlagen; 2. Lesung Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2420.2 vom 22. August 2017 Bericht und Antrag der Spezialkommission Reglement über die Benützung der öffentlichen Anlagen Nr. 2420.3 vom 30. August 2017 Antrag Karen Umbach und Eliane Birchmeier, beide FDP, vom 20. Oktober 2017 zur 2. Lesung Reglement über die Benützung der öffentlichen Anlagen
4.	Museum in der Burg Zug: Mietkosten Kulturgüterdepot im Choller, Zusatzbeitrag für die Jahre 2018 bis 2020 Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2464 vom 12. September 2017 Bericht und Antrag der GPK Nr. 2424.1 vom 2. Oktober 2017
5.	Interpellation FDP-Fraktion vom 6. Juni 2017 betreffend ÖV und ZFA-Reform 2018 Antwort des Stadtrats Nr. 2463 vom 19. September 2017
6.	Soziale Integration: Bericht Podium 41 Bericht des Stadtrats Nr. 2348.2 vom 26. September 2017
7.	Mitteilungen

## 1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 9 vom 26. September 2017

### Zur Traktandenliste:

**Gregor R. Bruhin:** Die SVP Fraktion stellt geschlossen den Antrag auf Abtraktandierung des Traktandum 3, Reglement über die Benützung der öffentlichen Anlagen, 2. Lesung. Für die SVP Fraktion ist es nicht erklärlich, warum dieses Geschäft von derartiger Dringlichkeit ist, dass man es innert Kürze durch den Rat peitschen muss und dabei ein seriöses Aktenstudium vernachlässigt. Der Kommissionsbericht zur 2. Lesung wurde den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten per Email am 16. Oktober 2017 mittags zugestellt. Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde mit Email vom 18. Oktober 2017 versandt. Das an sich wäre ja alles unproblematisch, nur lief die Frist zur Antragsstellung auf die 2. Lesung am Freitag, 20. Oktober 2017, 17.00 Uhr, ab. Natürlich sind damit alle Fristen gewahrt, aber was ist mit all jenen Gemeinderäten, die weniger Mailaffin und jeweils auf den Postversand angewiesen sind und die Unterlagen erst nach Fristablauf am 21. Oktober 2017 erhalten haben? Es bestreitet niemand, dass rein formell die Fristen eingehalten worden sind. Es geht aber um Grundsätzliches. Gregor R. Bruhin findet es absolut vermessen, wenn man denkt, dass die Milizpolitiker auf Abruf bereit stehen, um solche Geschäfte zu behandeln. Man könnte dem nämlich nur gerecht werden, wenn man eine ad-hoc Fraktions-sitzung gemacht hätte, und das ist mit dieser Kurzfristigkeit schlichtweg nicht möglich. Ebenfalls findet Gregor R. Bruhin es daneben, dass man erwartet, dass die Gemeinderäte nullkommaplötzlich Emailvorlagen behandeln und lesen müssen. Es sei daran erinnert, dass die meisten hier noch arbeiten und/oder weitere Verpflichtungen haben und nicht innert zwei Tagen auf Geheiss der Stadtverwaltung herumspringen können. Vor allem dann nicht, wenn man diese Ausgangslage hat. Das Geschäft ist schlicht und ergreifend nicht dringend, der Grosse Gemeinderat kann das ohne Probleme nächsten Monat ordentlich behandeln. Denn es ist ja vorgesehen, dass die Inkraftsetzung des Reglements durch den Stadtrat erfolgt. Dieser kann die Inkraftsetzung theoretisch jeden Dienstag an seiner Stadtratssitzung beschliessen. Der Grosse Gemeinderat hat also keinen zeitlichen Druck und kann sich in Ruhe mit diesem Reglement auseinandersetzen – ob es nun vier Wochen länger dauert bis zur Inkraftsetzung, das spielt keine Rolle. In diesem Sinne fordert Gregor R. Bruhin seine Ratskolleginnen und –kollegen herzlich auf, dass sie der Abtraktandierung zustimmen. Es ist hier keine inhaltliche Frage, ob man für oder gegen das Reglement ist. Es geht darum, dass die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sich genügend Zeit nehmen, Akten zu studieren und sie in den Fraktionen zu diskutieren. Der Grosse Gemeinderat setzt mit einer Abtraktandierung ein Zeichen, dass er das auch in Zukunft entsprechend wünscht und nicht einfach bei unwesentlichen Geschäften eine kopflose Hektik will. In diesem Sinne bedankt sich Gregor R. Bruhin für die Unterstützung.

**Ratspräsident Hugo Halter:** Es handelt sich hier um einen Ordnungsantrag, weshalb nur noch Voten zu diesem Antrag möglich sind.

**Stefan Huber:** Augenblicke der Geduld können Jahre an Unglück verhüten! Die 2/3tel-Fraktion der Grünliberalen kann dem Antrag der SVP nur zustimmen. Da soll diese Stadt erstmals in ihrer Geschichte eine klare Rechtsvorschrift für die Benützung des öffentlichen Grundes erhalten und dann stellt man den verantwortlichen Milizparlamentariern mitten in den Herbstferien eine Galgenfrist von drei Tagen. Gut Ding will Weile haben. Innert 72 Stunden soll der neue Reglementsentwurf studiert und bearbeitet, sollen weitere Anträge geprüft, mit der Fraktion abgesprochen, formell überarbeitet und eingereicht werden. Eine Feuerwehrübung, die der seriösen Arbeit der Kommission, des Rates und vor allem dieser Stadt unwürdig ist. Was lange währt wird endlich gut. Die Vertagung des Geschäftes erlaubt eine seriöse Aufarbeitung des neuen Beschlussentwurfes, führt schlussendlich zu einem besseren Reglement, sorgt für eine breite Akzeptanz dieses Reglements

im Rat und in der Bevölkerung, ist ein Gewinn für die Seriosität und Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Arbeit und erspart dem Grossen Gemeinderat und dem Zuger Stimmvolk ein weiteres Behördenreferendum. Geduld bringt Rosen. Der Grosse Gemeinderat hat Zeit für ein gutes Reglement. Er muss sie sich nur nehmen. Die Grünliberalen stimmen daher dem Antrag der SVP auf Vertagung des Geschäftes zu und empfehlen es gleich zu tun. Zug ist auch nicht in drei Tagen erbaut worden.

**Stefan Moos:** Die FDP-Fraktion hat diesen Abtraktandierungsantrag zusammen mit der SVP formuliert. Stefan Moos selber unterstellt dem Stadtrat oder der Verwaltung keine böse Absicht oder irgendetwas nicht eingehalten zu haben, weist aber darauf hin, dass im Hinblick auf eine Revision der GSO solche Fälle mit diesen 10 Tage Antragsfrist für eine zweite Lesung studiert werden sollen. Allenfalls sollte es hier eine verlängerte Frist geben, damit die Fraktionen Zeit haben. Es lohnt sich dann, diesen Fall zu studieren.

**Stadtrat Urs Raschle:** Es ist ja lobenswert, wenn der Grosse Gemeinderat mehr Zeit benötigt, um sich mit der Materie auseinanderzusetzen. Stadtrat Urs Raschle hat auch vollstes Verständnis, dass die GGR-Mitglieder nicht alle Zeit der Welt haben, um dies zu tun. Aber mal ehrlich: Es wurde in diesem Rat vor etwa fünf Monaten über dieses Reglement schon einmal sehr detailliert diskutiert. Die vorliegende Synopse und der Kommissionsbericht zeigen, dass es keine grossen Veränderungen gibt. Dies war bewusst so gewählt. Es ist nicht wie beim Hochhausreglement, wo die 2. Lesung total anders ausfällt. Nein, es sind zwei oder drei Punkte, welche die Kommission zu diskutieren hatte. Da gibt es mit dem Bericht auch eine klare Meinung. Darüber kann man nun diskutieren, man kann es ablehnen oder eben nicht. Deshalb ist der Stadtrat ganz klar der Meinung, dass der Grosse Gemeinderat in den letzten Monaten genügend Zeit hatte, sich mit der Materie auseinanderzusetzen. Es ist nun der richtige Zeitpunkt, um darüber zu debattieren. Der Stadtrat ersucht daher, seinem Antrag zu folgen, damit darüber diskutiert werden kann.

**Urs Bertschi, Präsident BPK,** unterstützt den Vorredner. Das ist nicht eine Materie von tief-schürfendem Gewicht. Und auch vom Verständnis her weiss man, was eine Leinenpflicht ist, da muss man nicht mehr gross debattieren. Urs Bertschi macht daher ebenfalls beliebt, das Geschäft heute nicht abzutraktandieren. Alles andere wäre Zirkus.

### **Abstimmung**

über den Ordnungsantrag auf Abtraktandierung von Gregor R. Bruhin namens der SVP-Fraktion: Für den Ordnungsantrag stimmen 19 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 10 Ratsmitglieder.

### **Ergebnis:**

**Ratspräsident Hugo Halter** stellt fest, dass der GGR mit 19:10 Stimmen den Ordnungsantrag von Gregor R. Bruhin namens der SVP-Fraktion gutgeheissen und das Traktandum 3 von der heutigen Geschäftsliste abtraktandiert hat. Die Traktandenliste gilt in dieser geänderten Form als genehmigt.

### **Zum Protokoll Nr. 9 vom 26. September 2017**

Das Wort wird nicht verlangt.

### **Ergebnis:**

**Ratspräsident Hugo Halter** stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind und demnach das Protokoll stillschweigend genehmigt ist.

## 2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

### Motionen und Postulate

Keine

### Interpellationen

Keine

### Weitere Eingaben

#### **Antrag Karen Umbach und Eliane Birchmeier zur zweiten Lesung „Reglement über die Benutzung der öffentlichen Anlagen“**

Mit Datum vom 20. Oktober 2017 haben die Gemeinderätinnen Karen Umbach und Eliane Birchmeier, beide FDP, folgenden Antrag eingereicht:

„Im Hinblick auf die zweite Lesung des Reglements über die Benutzung der öffentlichen Anlagen, stellen wir folgenden Antrag:

§5, Absatz 5.2, lit. c und d, streichen: c) Leinenpflicht für Hunde d) Hundeverbote

§5, Absatz 5.3, neuer Absatz: Örtlich oder zeitlich begrenzte Benutzungseinschränkungen für die Leinenpflicht für Hunde und Hundeverbote in öffentlichen Anlagen sind dem GGR zur Genehmigung vorzulegen.“

#### **Anträge Gregor R. Bruhin und Philip C. Brunner, SVP; Stefan Moos, Eliane Birchmeier, Werner Hauser, Peter Rütimann und Roman Burkard, alle FDP, zur zweiten Lesung „Reglement über die Benutzung der öffentlichen Anlagen“**

Mit Datum vom 20. Oktober 2017 haben die Gemeinderäte Gregor R. Bruhin und Philip C. Brunner, SVP; Stefan Moos, Eliane Birchmeier, Werner Hauser, Peter Rütimann und Roman Burkard, alle FDP, folgende Anträge eingereicht:

„Die Unterzeichnenden stellen zur zweiten Lesung des „Reglement über die Benutzung der öffentlichen Anlagen“ diverse Anträge, Vorab halten wir fest, dass wir zu Beginn der GGR Sitzung vom 31. Oktober 2017 die Abtraktandierung dieses Geschäfts beantragen werden. Der Kommissionsbericht wurde den GGR Mitgliedern am 17. Oktober 2017 versandt. Die Einladung zur GGR Sitzung vom 31. Oktober 2017 wurde am 18. Oktober 2017 den GGR Mitgliedern zugestellt und am 20. Oktober 2017 läuft die Frist zur Stellung schriftlicher Anträge ab. Es ist daher unmöglich in den Fraktionen eine inhaltlich seriöse Auseinandersetzung mit der Thematik zu führen.

Da jedoch erst an der GGR Sitzung vom 31. Oktober 2017 die Abtraktandierung beschlossen werden kann und daher nicht klar ist, ob das Geschäft evtl., doch behandelt wird, reichen wir zur Sicherheit die folgenden Anträge ein. Im Falle einer Abtraktandierung des Geschäfts behalten wir uns ausdrücklich vor, dass nach fraktionsinterner Behandlung die Anträge geändert, zurückgezogen oder ergänzt werden können. Zu den Anträgen:

Zu § (Grundsätze für alle Benützungsarten) Wir beantragen die ersatzlose Streichung von Abs. 2. Begründung: In §13 Absatz 1 wird diese Thematik bereits abgedeckt. Eine spezielle Erwähnung von Akteuren wie in §4 Abs. 2 ist daher nicht notwendig.

Zu § 5 Benützungseinschränkungen Wir beantragen unter Abs. 2 die lit. a folgendermassen zu ergänzen: (...)sowie Fahrzeuge welche für das kurzzeitige Auf- und Abladen von Gütern benutzt werden.

Begründung: Es ist sehr bürokratisch, wenn man eine Sonderbewilligung braucht, um in Zusammenhang von kurzzeitigem Auf- und/oder Abladen von Gütern direkt eine Sonderbewilligung benötigt.

Zu § 8 besondere Benutzungsordnungen für einzelne Anlagen Wir beantragen folgenden neuen Abs. 5: Vom Stadtrat erlassene besondere Benutzungsordnungen haben sich im Grundsatz und Charakter an §5 Abs. 2 dieses Reglements zu orientieren.

Begründung: Dieser Absatz soll verhindern, dass über besondere Benutzungsordnungen weitgehende Einschränkungen wie Alkohol-, Hunde- und Reitverbote einzeln eingeführt werden.

Zu § 17 Gebühren Wir beantragen folgenden neuen Abs. 5: Der Grosse Gemeinderat erlässt eine Gebührenordnung.

Begründung: Die Kompetenz über die Gebührenhöhe soll in den Aufgabenbereich des Grossen Gemeinderates fallen. Das ermöglicht, dass die entsprechende politische Kontrolle sichergestellt ist und nicht unter dem Aspekt von Mittelbeschaffung die Gebühren durch den Stadtrat erhöht werden, ohne dass eine entsprechende GGR Mitsprache gewährleistet wäre.“

#### **Ratspräsident H**

**Urs Bertschi, Präsident BPK:** An der nächsten Sitzung wird dieses Reglement sicher nicht zur Debatte stehen. Urs Bertschi gibt noch keine Garantie, dass der BPK-Bericht für den Bebauungsplan V-Zug rechtzeitig auf der Matte liegen wird, da gibt es in der Tat etwas mehr zu diskutieren als bei diesem Reglement. Am 21. November 2017 findet zudem auch noch das Weihnachtsfesten statt. Zudem ist auch der Bebauungsplan Hertzentrum zur Beratung vorgesehen. Wenn man nicht bereit ist, an der Budgetsitzung, die aus Sicht von Urs Bertschi etwas business as usual sein dürfte – man kann dann noch etwas über den Steuerfuss streiten – da muss man sich schon überlegen, wie man die nächste Sitzung traktandieren möchte. Urs Bertschi hat Support von Fachleuten aus dem Bauamt, dass man zwei so gewichtige Bebauungspläne nicht zwingend an derselben Sitzung behandeln müsste. Wenn jetzt dieses Geschäft auch noch dazu kommt sowie das Weihnachtsessen mit Nikolaus, wird es für den Rat in der Tat etwas belastend. Wie will man eine so gewichtige Sitzung neben all den anderen Verpflichtungen überhaupt nur auf die Schiene kriegen? Da hat Urs Bertschi auch Mühe.

**Ratspräsident Hugo Halter** nimmt diese Überlegungen so zur Kenntnis.

### **3. Reglement über die Benützung der öffentlichen Anlagen; 2. Lesung**

Dieses Geschäft ist gemäss gutgeheissenem Antrag auf Abtraktandierung von Gregor R. Bruhin namens der SVP-Fraktion von der heutigen Traktandenliste gestrichen.

#### 4. **Museum in der Burg Zug: Mietkosten Kulturgüterdepot im Choller, Zusatzbeitrag für die Jahre 2018 bis 2020**

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2464 vom 12. September 2017

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2424.1 vom 2. Oktober 2017

##### **Eintreten**

Das Wort wird nicht verlangt.

##### **Ergebnis:**

**Ratspräsident** Hstellt fest, dass kein Nichteintretensantrag eingegangen ist und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

##### **Detailberatung**

**Philip C. Brunner, Präsident GPK:** Dieser Zusatzbeitrag für die Mietkosten des Kulturgüterdepots im Choller ist etwas business as usual. Die GPK hat dem Antrag des Stadtrates mit 7:0 Stimmen einstimmig zugestimmt. Heute steht noch die Interpellation der FDP-Fraktion betr. ÖV und ZFA-Reform 2018 zur Debatte. Da geht es auch etwas um die Zentrumslasten. Der Stadtrat hat mit Bericht und Antrag vom 2. Mai 2017 ein Kreditbegehren für die Burg gestellt. Zusätzlich hat der GGR per 12. September 2017 die Vorlage für die Mietkosten des Kulturgüterdepots erhalten. Es ist also etwas ein Nachzügler zu den bereits an der letzten Parlamentssitzung behandelten sechs Kulturvorlagen. Bei der heutigen Vorlage geht es jährlich um etwas über CHF 62'000.00. Man könnte an sich sagen, dass dies eine Formalität ist. Trotzdem haben die Juristen der Stadtverwaltung festgestellt, dass darüber der Grosse Gemeinderat beraten muss, handelt es sich doch um einen Drittel der Gesamtsumme von CHF 187'000.00. Gemäss einem zwischen Kanton und Stadt abgeschlossenen Vertrag übernimmt der Kanton davon zwei Drittel und die Stadt ein Drittel. Die GPK wollte daher keine Fundamentaldiskussion führen und diesen Kredit bewilligen, gab aber zu erkennen, dass darüber durchaus diskutiert werden könnte. Wenn es einen Ort dafür gäbe, wäre dies hier jetzt die richtige Stelle. Mit dem Votum von Philip C. Brunner ist nun die Diskussion eröffnet. Die GPK empfiehlt, den Mietkostenanteil der Stadt Zug an das Kulturgüterdepot im Choller mit einem jährlichen Betrag von CHF 62'394.00 für die nächsten drei Jahre befristet zu bewilligen.

**Eliane Birchmeier:** Der Antrag des Stadtrats zu den Mietkosten für das Kulturgüterdepot des Museums Burg ist insofern unschön als der Grosse Gemeinderat vor Kurzem alle Kulturvorlagen in einem Gesamtpaket behandelt hat und jetzt noch so ein Nachzügler folgt, zu dem der Grosse Gemeinderat schlecht Nein sagen kann. Die FDP-Fraktion bittet den Stadtrat dringlich, in dieser Sache am Ball zu bleiben und auch hier dafür zu sorgen, dass die Stadt Zug die Zentrumslasten nicht bis in alle Zukunft alleine tragen muss. Die FDP Fraktion stimmt dem Zusatzbeitrag und damit dem Antrag des Stadtrats einstimmig zu.

**Barbara Stäheli:** Knurrend, widerwillig, ungerne, widerstrebend stimmt die Fraktion der SP dieser Vorlage zu. Der Betrag von CHF 62'394.00 ist in einer Grössenordnung, welcher eigentlich ohne grosse Diskussionen vertretbar ist. Wobei es hier nicht um die Höhe der Zahlung, sondern um eine Grundsatzfrage geht, welche schon mehrmals in diesem Rat geführt wurde. Ist die Burg Zug ein städtisches oder ein kantonales Museum? Einig sind sich eigentlich alle. Die Burg Zug ist ein kantonales Museum und alle Gemeinden sollen nach einem ausgehandelten Tarif mitfinanzieren. Nur spielen parallel weitere Themen eine Rolle, welche von der Stadt nicht alleine bestimmt werden.

Der arme Kanton, welcher sparen muss und ein überdimensioniertes Sparpaket geschnürt hat und die Diskussionen um den ZFA sind hier wegleitend. Nun geht es in eine nächste Runde. Die vorgesehene Kantonalisierung der Burg steht im Zusammenhang mit der ZFA Reform 2018 und soll im Jahr 2018 geklärt sein, aber erst 2021 in Kraft treten. Heisst konkret: dieser Rat diskutiert Ende 2019 nochmals um diesen Betrag und, auch wenn Barbara Stäheli grundsätzlich positiv denkt, wagt sie die Prognose, dass er dies Ende 2022 nochmals tun wird. Einem Betrag, dem die SP-Fraktion heute letztendlich zustimmt, da diese Kulturgüter ja irgendwo gelagert werden müssen, und dies kann in keinem muffigen Kellerraum geschehen. Dieser Raum muss Sicherheitsbedingungen und technische Bedingungen erfüllen. Ob dies allein den satten Mietpreis von CHF 16'800.00 pro Monat rechtfertigt, dazu setzt Barbara Stäheli einfach mal ein Fragezeichen. Trotzdem stimmt die SP-Fraktion dieser Vorlage zu.

**Philip C. Brunner, Präsident GPK:** Die SVP-Fraktion stimmt zähneknirschend dieser Vorlage zu. Es ist so, dass sie etwas Hoffnungen hegt im Hinblick auf die ZFA-Reform 2018. In der heutigen Mitteilung des Stadtrates zum Budget sieht man, dass die ZFA-Belastung der Stadt Zug mit einem neuen kleinen Rekord CHF 53 Mio. erreicht hat. Die Nachbargemeinde Baar, welche soeben die Steuern um drei Punkte von 56 auf 53 Punkte gesenkt hat, zahlt gerademal einen Siebtel des städtischen Beitrages, nämlich etwas über CHF 7 Mio. Damit öffnet sich auch eine Kluft zwischen dem aktuellen Steuerfuss in der Stadt Zug von 60 zu 53 Punkten um 7 Punkte. Einige Tage später hat auch Cham als grösste Nehmergemeinde mit rund CHF 23 Mio. eine Steuersenkung auf 61 Punkte beschlossen. Den Medien kann entnommen werden, dass auch Unterägeri einen 2 %igen Steuerrabatt beschlossen hat. Wenn man diese Summen sieht, die hier im Spiel sind, wird es absurd, dass die Stadt Zug immer wieder in der einen oder anderen Form zur Kasse gebeten wird. Am einen Ort sind es die Zentrumslasten, die nicht einmal ausgewiesen sind. Vor rund zehn Jahren hat der Vor-Vorgänger des jetzigen Finanzchefs herausgefunden, dass es mindestens CHF 25 Mio. wären. In der Zwischenzeit dürften es durchaus mehr sein. Philip C. Brunner appelliert an den Stadtrat, in der Gemeindepräsidentenkonferenz vermehrt Druck zu machen. Der reiche Onkel aus der Stadt Zug reicht immer wieder und überall seinen Säckel und holt die Gelder heraus, um kantonale Aufgaben – im Fall der Burg ist es auch so eine – zu finanzieren. Bei der Behandlung dieser Problematik wird im Rahmen der FDP-Interpellation nochmals diskutiert werden.

**Rainer Leemann** ist auch der Meinung, dass schlecht verhandelt wurde. Alle kennen den Schlüssel von 50% Kanton und 50% Gemeinden nach Einwohnerzahlen. Der Kanton verlangt nun aber, dass die Stadt Zug einen Drittel bezahlen muss. Diese ist zähneknirschend dabei. Leider hat Rainer Leemann bald keine Zähne mehr aufgrund dieser immer wieder zu sprechenden Beträge. Als heute Nachmittag die Medienmitteilung veröffentlicht wurde, sind ihm sogar die letzten Zähne weggefallen. Daher beantragt er ohne vorherige Rücksprache mit seinen Fraktionskolleginnen und -kollegen, den Beitrag auf den erwähnten 50/50%-Schlüssel zu kürzen. „Zeigen wir doch mit den verbliebenen Zähnen, dass wir nicht mehr bereit sind, einfach alle ZFA-Zahlungen einfach so anzunehmen.“

**Ratspräsident Hugo Halter:** Leider kann dieser Antrag so nicht behandelt werden, Rainer Leemann kann Ja oder Nein sagen.

**Urs Bertschi, Präsident BPK:** Hier ist dem Vermieter in der Tat ein geniales Husarenstück gelungen. Da hat er tolle Kasse gemacht und macht diese weiterhin. Hat die Stadt Zug Einblick in diese Anlagekosten inkl. Asylunterkünfte? Hat man das bis anhin je geprüft? Besteht allenfalls die Möglichkeit, diese alljährlich wiederkehrende Zinslast rechtlich mal in Frage zu stellen oder zufolge Missbräuchlichkeit anzufechten?

**Stefan Huber** ist in seinem Alter noch nie passiert, dass er das Wort „Zähneknirschen“ so oft wie heute gehört hat. Es ist zu hoffen, dass der Kanton zukünftig für die Zahnartzkosten für die Stadt Zug oder zumindest für einen gewissen Schadenersatz aufkommt. Stefan Huber hört seit Jahren immer das Wort Solidarität und Hoffnung sobald es um das Thema ZFA geht. Stefan Huber versteht es langsam nicht mehr. Selbst als er nur Parteimitglied war, hat er nur das Wehen und Klagen der Kantonsräte gehört, wonach die Stadt Zug eine überproportionale Last tragen müsse. Damals hat Stefan Huber nicht ganz begriffen, worum es geht. Heute sträuben sich ihm deshalb die Haare. Er kann nicht unter Zähneknirschen zustimmen, sondern unter grossem Protest. Das Prinzip Hoffnung muss man irgendwann aufgeben und eine rote Linie zeichnen. Man muss sich bewusst sein, dass die Zahlergemeinden genau gleich wie beim NFA in der Minderheit sind. Da musste man auch emotional und empört reagieren, damit überhaupt jemand aus dem Traumschlaf aufgewacht ist. Die Stadt Zug muss wirklich eine rote Linie zeichnen und kann nicht jedes Mal auf das Prinzip Hoffnung verweisen. Das funktioniert vielleicht zwei oder drei Jahre, sicher nicht jahrzehntelang. Daher stimmen die Grünliberalen unter Protest dieser Vorlage zu und raten dem Stadtrat, eine rote Linie zu zeichnen, um zu zeigen, dass es da nicht mehr weiter geht.

**Stadtrat Karl Kobelt** hat persönlich keine Einsicht in die Schatulle des Betreibers der Asylunterkunft. Diese Frage kommt nicht zur rechten Zeit. Beim Aushandeln eines Vertrages und dem entsprechenden Kostenteiler ist genau hinzublicken. Wenn der Vertrag aber ausgehandelt ist, ist es schlicht zu spät, weil die Stadt Zug jetzt keine Handlungsmöglichkeiten mehr hat, insbesondere auch auf der rechtlichen Ebene nicht. Daher nimmt der Stadtrat die Anregung, noch genauer hinzuschauen, sehr gerne entgegen. Eine Anfechtung betreffend Missbräuchlichkeit ist dann nicht opportun, wenn dem ausgehandelten Betrag zugestimmt ist.

**Stadtrat André Wicki** geht davon aus, dass der GGR mit oder ohne Zähne der Vorlage zustimmen wird. Es besteht hier ein enges Korsett. Als Nachzüglerli muss dieser Betrag wohl oder übel hingenommen werden. Die Zahl von CHF62'394.00 führt den Stadtrat zur grossen Zahl von CHF 69 Mio., d.h. CHF 53 Mio. ZFA und CHF 16 Mio. NFA. Das ergibt total CHF 69 Mio. oder 34% des gesamten städtischen Steuereinkommens. Das kann es doch nicht sein, wenn man auf Neudeutsch die cash cow oder die Kuh ausmelken will. Irgendwann ist es zu Ende, dass die Stadt mit NFA und ZFA vorstösst. Stadtrat André Wicki bedankt sich namens des Stadtrates für den Schulterschluss bezüglich ZFA. Es gibt wirklich Gemeinden, die darauf angewiesen sind, es muss aber angemessen sein. Die Diskussion ist mehr als lanciert.

**Othmar Keiser** verweist auf das Votum von Stadtpräsident Dolfi Müller anlässlich der GPK-Sitzung, dass aufgrund der Ablehnung der Spar- und Entlastungspaketes II im letzten November auch gewisse Diskussionen und Entlastungen der Stadt weggefallen sind und daher eine Verzögerung der Neuverhandlungen der Gemeindepräsidentenkonferenz entstanden ist. Das will nicht heissen, dass Othmar Keiser das plötzlich gut findet, aber der Transparenz halber ist es wichtig, dies im Protokoll auch zu erwähnen. Daher muss die Stadt Zug durch und diese Kröte schlucken anstatt nur die Zähne zu knirschen.

**Stefan Hodel:** Die NFA- und ZFA-Beiträge machen einen Drittel der städtischen Steuereinnahmen aus. Man stelle sich mal vor, die Stadt Zug müsste keine solchen Beiträge abliefern. Handgelenk mal Pi heisst das: Steuersatz noch bei 40%. „Wollt Ihr das wirklich, was hätte das für Folgen für unsere schöne Stadt?“

#### **Beratung des Beschlussesentwurfes:**

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1 bis 4 wird das Wort nicht verlangt.

**Ratspräsident Hugo Halter** erklärt so beschlossen.

**Schlussabstimmung**

In der Schlussabstimmung stimmt der Grosse Gemeinderat mit 31:1 Stimmen dem Antrag des Stadtrates zu.

**Beschluss  
des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1669**

**betreffend Museum in der Burg Zug: Mietkosten Kulturgüterdepot im Choller, Zusatzbeitrag für die Jahre 2018-2020**

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2464 vom 12. September 2017

1. Für den Mietkostenanteil der Stadt Zug an das Kulturgüterdepot im Choller wird befristet von 2018 bis 2020 ein Zusatzbeitrag von jährlich CHF 62'394.00 bewilligt. Der Zusatzbeitrag wird jeweils in das Budget der laufenden Rechnung, Konto 3634.02/1600, Stiftung Museum in der Burg", aufgenommen.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt und beauftragt, für die Jahre 2018 bis 2020 mit dem Kanton Zug eine Zusatzvereinbarung betreffend Beteiligung der Stadt Zug an den Mietkosten des Kulturgüterdepots im Choller abzuschliessen.
3. Dieser Beschluss tritt sofort in Kraft. Er wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
4. Gegen diesen Beschluss kann
  - a) gemäss § 17 Abs. 1 des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 39 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt 20 Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.
  - b) gemäss § 17bis des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 67 ff. des Wahl- und Abstimmungsgesetzes wegen Verletzung des Stimmrechts beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Stimmrechtsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt zehn Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

## 5. Interpellation FDP-Fraktion vom 6. Juni 2017 betreffend ÖV und ZFA-Reform 2018

Es liegt vor:

Antwort des Stadtrats Nr. 2463 vom 19. September 2017

Der Wortlaut der Interpellation befindet sich auf Seite 5 des GGR-Protokolls Nr. 6 der Sitzung vom 6. Juni 2017.

**Joshua Weiss:** Die FDP-Fraktion ist mit der schlüssigen Beantwortung der Interpellation sehr zufrieden. Sie ist sich bewusst, dass zum momentanen Zeitpunkt noch keine allzu ausführlichen Angaben gemacht werden können. Umso gespannter ist die FDP-Fraktion auf die Erfolge, welche der Stadtrat mit seiner Strategie im Prozess der ZFA-Reform 2018 erzielen wird. Somit nimmt die FDP-Fraktion die Antwort des Stadtrates einstimmig und dankbar zur Kenntnis.

**Martin Eisenring** beantragt Diskussion.

Das Wort wird nicht verlangt.

**Ergebnis:**

**Ratspräsident Hugo Halter** stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt ist und somit die Diskussion stillschweigend beschlossen ist.

**Martin Eisenring:** Über ZFA-Fragen wurde vorgängig schon viel diskutiert. Diese Diskussion wird dem GGR auch erhalten bleiben. Martin Eisenring dankt dem Stadtrat für die Antwort namentlich zu Fragen des öffentlichen Verkehrs. Sie sind aufschluss- und hilfreich. Es ist wichtig, dass der GGR den Stadtrat auch unterstützt im Rahmen der Diskussionen mit dem Kanton, wo es manchmal scheint, dass er auf Beton beisst. Als Bewohner der Altstadt seit fast zwölf Jahren fühlt er sehr stark, dass der Service des ÖV, vor allem des Busverkehrs, abgenommen hat. Als Beispiel sei Walchwil genannt. Es kann doch nicht sein, dass die Stadt Zug den Bus so massiv überfinanziert, ohne dass die Gemeinde Walchwil bzw. diejenigen Passagiere, die wirklich ans Ziel gelangen möchten, nämlich in Walchwil, ihren Beitrag bezahlen. Martin Eisenring geht davon aus, dass dies nicht nur bei Walchwil so ist, sondern auch bei Oberägeri, Menzingen und Unterägeri. Wahrscheinlich sind es fast alle Busse, wo die Stadt Zug sehr viel oder sogar die Hauptlast bezahlt. Das kann nicht das Ziel der Übung sein. Man fragt sich schon, wie man auf diesen Mechanismus mit den Haltestellen gekommen ist und ob das nicht ein bewusstes Spiel war, um die Stadt Zug als Zahlonkel zu finden. Die Hauptleistung beim Transport ist die Transportleistung, weshalb man sicherlich auch die Kilometeranzahl berücksichtigen müsste. Das Ein- und Aussteigen ist ein notwendiges Übel, wenn man den öffentlichen Verkehr oder überhaupt ein Verkehrsmittel benutzt. Von daher ist es Martin Eisenring in keiner Art logisch zugänglich, wie man überhaupt auf diesen Schlüssel gekommen ist. Da gibt es andere Beispiele. Wenn Martin Eisenring von Zürich her kommend in Zug den Bus nehmen möchte, passierte es ihm schon mal, dass er vom Bahnhof am See entlang zum Postplatz fuhr und dann auf halbem Weg wieder zum Bahnhof zurück, um da wieder auszusteigen. In die Altstadt ist Martin Eisenring auf jeden Fall zu Fuss schneller als mit dem Bus. Dass innerstädtisch der öffentliche Verkehr gar nicht nutzbar ist, sieht Martin Eisenring auch, wenn seine Kinder ins Fussballtraining gehen. Da wartet man am Postplatz und am Bahnhof jeweils ein paar Minuten. Sogar ins Herti ist man schneller zu Fuss als mit dem Bus. Den städtischen Bedürfnissen kommt die ZVB in keiner Art und Weise nach. Das ist nicht tolerierbar. Die Leistung der ZVB für die Stadt Zug ist schlecht bis sehr schlecht. Wenn man das noch mit den Kosten, welche die Stadt Zug trägt, dann ist sie sogar katastrophal. Hier muss der Stadtrat handeln, ein klares Zeichen setzen und das klar zum Ausdruck bringen. Am Wirtschaftsmittag im ZVB-Gebäude kündigte der ZVB-Direktor gross

an, dass mitten in der Stadt an bester Lage neue Werkhallen gebaut werden möchten, obwohl man noch nicht weiss, wie die Verkehrsflüsse im Kanton Zug aussehen werden, nachdem die Tangente erstellt ist. Dies, obwohl man weiss, dass es keinen Stadttunnel gibt und das Nadelöhr Neugasse-Vorstadt usw. durch die Busse sehr stark belastet wird. Allenfalls würden die Bergbusse viel besser über die Tangente fahren. Dann wäre sicherlich auch eine ZVB-Werkhalle mitten in der Stadt Zug mit dem Verkehr rein und raus völlig am falschen Ort. Der Stadtrat wird auch diesbezüglich klar beauftragt, gegenüber der ZVB und gegenüber dem Kanton klar festzuhalten, dass die Stadt Zug das so nicht hinnehmen möchte. Zuerst soll analysiert werden, was die vernünftige Lösung ist. Erst dann sollen irgendwelche bauliche Massnahmen ergriffen werden und nicht umgekehrt. Martin Eisenring hofft, dass das Amt für öffentlicher Verkehr, ZVB und der Kanton zur Kenntnis nehmen, dass die Stadt mit den erhaltenen Leistungen nicht zufrieden sein kann.

**Philip C. Brunner, Präsident GPK,** äussert sich namens der SVP-Fraktion: Martin Eisenring hat absolut Recht. Bei den Fragen der FDP-Interpellation geht es um laufende Kosten. In der Tat ist es aber so, dass die Stadt Zug konfrontiert ist mit einem riesigen geplanten Bau. Ursprünglich wollte man mit dem Fokus-Projekt den Busbahnhof unterirdisch bauen und oberirdisch weitere Gebäulichkeiten für die kantonale Verwaltung sowie allenfalls Wohnen und Büros realisieren. Dieses Projekt ebenso wie der entsprechende Planungskredit von CHF 30 Mio. wurde aber vor einigen Jahren vom Regierungsrat gestoppt. Am Wirtschaftszmittag hat Philip C. Brunner ebenfalls mit Interesse den Auftritt des CEO der ZVB erlebt. Seine Chefin, die CVP-Kantonsrätin und VR-Präsidentin der ZVB war nicht anwesend. Er hat munter von seiner Stimmung geplaudert und gesagt, dass die Gebäulichkeiten an der General-Guisan-Strasse in einem schlechten Zustand seien und man jetzt dort rasch vorwärts machen wolle. Vor ein paar Tagen hat Philip C. Brunner die Unterlagen erhalten und weiss jetzt, was die ganze Kiste kosten soll. Danach plant die ZVB einen neuen Hauptstützpunkt mit Erstellungskosten in der Höhe von CHF 188.4 Mio. Die finanziellen Mittel der ZVB reichen nicht aus, um den Neubau vollständig eigenständig zu finanzieren. Es ist geplant, dass der Kanton Zug sich mit einem Investitionsbeitrag an den Erstellungskosten beteiligen wird. Martin Eisenring hat mit Recht darauf hingewiesen, dass das raumplanerisch eine Frage ist, die der Stadtrat in seiner Antwort relativ klar beantwortet hat, nämlich negativ. So geht es nicht. Es kann nicht an einem ausserordentlich heiklen Standort in dieser Stadt ein solcher Bau bewilligt werden. Philip C. Brunner ist Mitglied der kantonalen Kommission für den öffentlichen Verkehr und befasst sich daher mit diesen Fragen grundsätzlich. Zudem ist er im Vorstand von Zimmerberg light, übrigens einer linken Organisation, die sich mit dem öffentlichen Verkehr befasst. Der öffentliche Verkehr, der sich in den nächsten Jahren abspielen wird, entspricht nicht mehr dem öffentlichen Verkehr von heute. Es finden Entwicklungen statt, die mit Elektromobilität zu tun haben, aber auch damit, dass das ganze Dieselzeitalter zu einem Ende kommt. In 20 oder 30 Jahren werden nicht mehr grosse Dieselbusse durch die Stadt Zug fahren, welche sich dann gegenseitig am Postplatz blockieren, sondern es werden andere Verkehrssysteme kommen. Dazu braucht es nicht riesige Hallen, so wie sie heute geplant sind. Diese wären wahrscheinlich vor 30 Jahren richtig gewesen am richtigen Ort. Wenn man einen Betrag von CHF 190 Mio. investieren will für den öffentlichen Verkehr, dann tut man das bitte sehr dort, wo der Kunde ist und wo er etwas davon hat. Der Kunde hat relativ wenig davon, dass die lieben Busse der ZVB im Untergrund bei 20 Grad an der Wärme liegen, wenn der Winter einbricht. Das bringt es nicht. Wer bezahlt schlussendlich diese CHF 190 Mio.? Diese Stadt ist der Motor des Kantons. Die Formel der vorher genannten ZFA-Zahlen bringt die Kraft und finanzielle Potenz dieser Stadt zum Ausdruck. Man muss also bei jedem kantonalen Bauprojekt und bei jeder kantonalen Ausgabe daran denken, dass das Geld weitgehend aus der Stadt Zug bzw. deren Steuerzahler kommt.

**Stadtrat André Wicki:** Wenn es um die Wurst geht, dann herrscht Einigkeit! Der Stadtrat hat in diesem Punkt schon einiges unternommen und mehrere Briefe an den Regierungsrat geschrieben.

Der Regierungsrat nahm auch an einer Sitzung des Stadtrates teil. Die Stadt Zug fordert mehr Dynamik bezüglich Umgang mit dem öffentlichen Verkehr. Man denke nur mal an die Digitalisierung. Als Beispiel werden auch die 40-Tonnenfahrzeuge erwähnt, welche ächzend die Widenstrasse hinauf zur Zugerseeklinik und wieder hinunterfahren. Die Stadt Zug muss andererseits Lärmschutzmassnahmen für über CHF 150'000.00 vornehmen. Dann stimmt doch irgendwas nicht. Der Stadtrat bleibt dran. Nächstens steht ein Gespräch mit dem Kanton bezüglich dem Standort an. Es sind Szenarien gefordert. Der Grosse Gemeinderat wird mit Sicherheit davon hören.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

**Ergebnis:**

**Ratspräsident Hugo Halter** stellt fest, dass die Interpellation FDP-Fraktion vom 6. Juni 2017 betreffend ÖV und ZFA-Reform 2018 beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.

## 6. Soziale Integration: Bericht Podium 41

Es liegt vor:

Bericht des Stadtrates Nr. 2348.2 vom 26. September 2017

### Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

### Ergebnis:

**Ratspräsident Hugo Halter** stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag eingegangen ist und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

### Detailberatung

**Jürg Messmer** spricht zuerst als Mitglied der Steuergruppe Podium 41 und vertritt hier die Präsidentin Karen Umbach, welche sich an dieser Stelle infolge eines Auslandsaufenthaltes entschuldigen lässt. Allgemein lässt sich sagen, dass die Steuergruppe gut funktioniert. Anliegen seitens der Politik können eingebracht werden und werden auch ernst genommen. Auskünfte zu Fragen von den politischen Vertretern in der Steuergruppe werden seitens der GGZ und der Leiterin des Podiums 41 immer zügig geliefert. Zudem ist die Anwesenheit der Koordinatorin öffentliche Sicherheit und Ordnung ebenfalls immer sehr hilfreich. Durch das Referendum der SVP ist das Podium 41 auch der "allgemeinen" Bevölkerung der Stadt Zug bekannt geworden und infolge dessen haben sich die Besucherzahlen gegenüber den Vorjahren erhöht. Wie dem Bericht entnommen werden kann, steht das Personal unter der grossen Herausforderung einer Doppelfunktion - sie sind gleichzeitig Gastgeber als auch die soziale Anlaufsteile. Das Personal leistet unglaublich viel und nimmt seine Aufgaben sehr ernst. Dies führt dazu, dass das Personal Überstunden leisten musste. Als Beispiel seien hier die Überstunden des Küchenchefs (rund 120 Stunden) erwähnt. Karen Umbach und Jürg Messmer möchten dem Team an diese Stelle für dessen höchst professionelle Arbeit und dessen grosses Engagement danken. Die hohe Belastung der Mitarbeitenden ist auch bei der GGZ ein Thema. Allerdings können nicht einfach zusätzliche Mitarbeiter eingestellt werden, da die GGZ mit der Stadt eine Leistungsvereinbarung mit einem Fixum eingegangen sei. Das Ziel bleibt, eine schwarze Null zu schreiben. Damit eine Entlastung des Personals aber trotzdem erreicht werden kann, muss während der Hauptsaison vermehrt mit Aushilfen gearbeitet und in der Nebensaison die Überzeit entsprechend kompensiert werden. Für das kommende Jahr wird die GGZ die Preise beim Mittagessen leicht nach oben anpassen. Dies ist eine Massnahme, da zwar dieses Jahr sehr viele Mittagsmenus verkauft wurden, die Marche jedoch verhältnismässig klein ist. Dieser Schritt der leichten Preiserhöhung wird von der Steuergruppe sehr begrüsst und unterstützt. Gerne geht Jürg Messmer noch auf ein weiteres wichtiges Thema ein: Die Sicherheit, und damit verbunden, die Hausordnung des Podiums 41. Wie dem Bericht entnommen werden kann, führt die Zuger Polizei regelmässige Kontrollen im und um das Podium 41 durch. Diese Polizeipräsenz ist wichtig. Dank der grösseren Kompetenz und Professionalität zu Sicherheitsthemen ist die Akzeptanz gegenüber der Polizei bei allen Beteiligten sehr hoch. Entsprechende Weiterbildung des Personals trägt ebenfalls zur Sicherheit bei, weil die Mitarbeiter dann in der Lage sind, selbstsicher aufzutreten und problematische Gäste entsprechend

in Griff zu bekommen. Die überarbeitete Hausordnung haben die GGR-Mitglieder mit der Vorlage erhalten. Diese schafft Klarheit für alle Beteiligten und wird von den Gästen (meistens) akzeptiert. In Ergänzung zur Beilage der stadträtlichen Vorlage kann Jürg Messmer noch mitteilen, dass im ersten Halbjahr 2107 bisher 13 Hausverbote ausgesprochen wurden. Zum Schluss möchte Jürg Messmer nochmals der GGZ, der Verwaltung sowie allen Mitgliedern der Steuergruppe für die gute Zusammenarbeit danken. Dem GGR empfiehlt er eine positive Kenntnisnahme des Berichts.

Nun gibt Jürg Messmer noch die Stellungnahme der SVP-Fraktion bekannt: Die SVP-Fraktion hat dieses Thema gut diskutiert. Die SVP-Fraktion nimmt den Bericht ebenfalls positiv zur Kenntnis und ist überzeugt, mit dieser Steuergruppe, welche das Podium 41 begleitet, auf dem richtigen Weg zu sein. Die SVP-Fraktion hofft, auch nächstes Jahr wieder einen positiven Bericht zu erhalten.

**Karin Hägi:** In der SP-Fraktion gaben der runde Tisch und die Steuergruppe Podium 41 erneut zu reden. Bereits bei der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses im November 2015 vernahm man überrascht die Einberufung eines runden Tisches. Die SP-Fraktion war erstaunt darüber, da das Stimmvolk sich doch sehr deutlich für die Weiterführung des Podiums 41 ausgesprochen hatte und somit eigentlich alles klar war. In der Zwischenzeit hat eine Steuergruppe mit sieben Personen ihre Arbeit aufgenommen. Und diese hat sicherlich ihr Gutes, nicht zuletzt bindet sie doch die Skeptiker und Zweifler mit ein. Wenn dies allerdings der einzige Grund für die Bildung einer Steuergruppe ist, müsste nach vielen städtischen Abstimmungen eine solche ebenfalls einberufen werden. Und dies kann ja kaum die Absicht des Stadtrates sein. Nun zu den eigentlichen Aussagen des Berichts: Die Entwicklung hin zu einem breiteren Publikum nimmt die SP-Fraktion mit Freude zur Kenntnis. Dies war ja mithin eine Absicht vom Podium 41. Leider gibt es weiterhin Zwischenfälle und auch der Einsatz von Sicherheitsassistenten wird benötigt. Dies wird wohl auch so bleiben. Aber wie dem Bericht entnommen werden kann, läuft der Betrieb des Podium 41 grundsätzlich sehr gut. Dies nicht zuletzt dank den Mitarbeitenden. Das Personal an der Front leistet einen grossen Einsatz, der weit über das sonst im Gastrobereich Übliche hinausgeht. Deshalb ist die SP-Fraktion sehr erstaunt, dass nur die Mindestlöhne bezahlt werden. Diese müssen aus ihrer Sicht unbedingt nach oben angepasst werden. Dann fände man wahrscheinlich auch wieder einfacher geeignetes Personal. Dies die Anregung der SP-Fraktion an die GGZ. Die SP-Fraktion nimmt den vorliegenden Bericht des Stadtrates gerne zur Kenntnis.

**Tabea Zimmermann:** Die Fraktion Alternative-CSP dankt dem Stadtrat für den Bericht zum Podium 41 für das Jahr 2017, der einen Einblick gibt in die Entwicklungen und laufende Situation zum Podium 41. Es freut die Fraktion, zu hören, dass das Podium 41 auf gutem Kurs ist und sich die Durchmischung der Gäste vergrössert hat, ohne dass sich die Stammkundschaft vermindert hätte. Es freut die Fraktion Alternative-CSP auch, zu sehen, dass der Dialog zwischen den verschiedenen Beteiligten gut funktioniert, wie das nach der Abstimmung vor zwei Jahren angestrebt worden ist. Dadurch sollen zukünftig die Emotionen bezüglich Podium 41 nicht so hoch gehen. Die enge Zusammenarbeit zwischen dem Podium 41, der Stadt und der Polizei zahlt sich offensichtlich aus. Der Dialog ist nicht nur wichtig für das Parlament, sondern auch zwischen dem Podium 41 und der Kundschaft. Es ist daher erfreulich, zu sehen, dass beispielsweise bei der Hausordnung explizit aufgeführt ist, was man erwartet und dass die Konsequenzen deklariert werden, falls jemand dagegen verstossen würde. Die Aufteilung zwischen den Betreibern des Podiums 41 und der Überwachung ist sinnvoll. In der Fraktion Alternative-CSP führte die Frage von

Ottenbach bzw. die Besucherzahl von Null zu einer intensiven Diskussion. Hat der Stadtrat dazu irgendwelche Erklärungen, weshalb dies speziell aufgeführt wurde? Im Bericht der vergangenen Jahre wurde Ottenbach nie speziell erwähnt. Aufgefallen ist der Fraktion auch die Bemerkung, dass die Mitarbeitenden des Podiums 41 mit dieser Doppelkombination Service/Kochen einerseits und dem Austausch mit den Gästen in einer multifunktionalen Situation sind und trotzdem die gastronomischen Löhne bezahlt werden. Es ist der Fraktion Alternative-CSP klar, dass der Lohn nicht das einzige Kriterium ist, weshalb hier jemand eine Stelle annimmt oder weshalb jemand zufrieden ist. Aber insgesamt muss das Paket eines guten Arbeitgebers und einer guten Arbeitsplatzzufriedenheit einerseits und andererseits der Unterstützung zur Weiterbildung und die gute Zusammenarbeit mit der Polizei stimmen. Insgesamt hofft die Fraktion Alternative-CSP, dass die Situation bezüglich der Angestellten eine konstante ist und dass sowohl Stadtrat wie auch Gemeinderat sehen, wie wertvoll die Arbeit des Podiums 41 ist. Diese Dienstleistung soll nicht nur bezüglich der schwarzen Null angeschaut werden. Dem Podium 41 und den Angestellten wünscht die Fraktion Alternative-CSP für ihre wichtige Arbeit viel Erfolg und dankt ihnen für das Geleistete.

**Peter Rütimann:** Nach der Volksabstimmung 2015 zur Unterstützung des Podium 41 wurde unter der Zuständigkeit des Departementes SUS ein "round table" organisiert, mit dem Ziel, welche Fragen rund um das Podium 41 diskutiert werden und wie die daraus erkannten Probleme gelöst werden können. Im Juni letzten Jahres wurde diese Arbeitsgruppe zur Steuergruppe "Podium 41" transformiert. Als wesentliche Aufgabe dieser Steuergruppe, bestehend aus vier Personen aus der Stadtverwaltung und drei Personen aus der GGZ wurde die Kontrolle, Steuerung (Einflussnahme) und Bericht zur Leistungsvereinbarung mit der GGZ vereinbart. Vom Treffen der Steuergruppe im März 2017 entstand ein interessanter Bericht, über dessen Details bereits die Vorrednerinnen und Vorredner informierten. Die Leistungsvereinbarung mit dem Podium 41 resp. GGZ wurde erfüllt. Somit nimmt die FDP-Fraktion diesen Bericht des Stadtrates dankend zur Kenntnis!

**Benny Elsener:** Einmal mehr fanden die Befürchtungen der SVP nicht statt. Im Vorfeld der Abstimmung vom 29. November 2015 reichte der Vorstand der CVP Stadt Zug eine Petition mit einem 6 Punkteplan und der Chance zu einem zukünftig erfolgreichen Podium 41 ein. Ausser Punkt 4, Kostenanteil der Stadt Zug senken, wurden alle Punkte erfolgreich umgesetzt. Mit dem Einsatz einer Steuergruppe und den Weiterbildungen des Personals, wurde der Grundstein für ein erfolgreiches Podium 41 gelegt. Auch die Neuausrichtung der Sicherheitsassistenten, dem Auftrag an die ZUPO, scheint sich zu bewahren. Ein grosses Lob und höchste Anerkennung gilt der GGZ und dem Personal vor Ort. Ihre Aufgabe als Gastgeberin und soziale Anlaufstelle, stellt sich täglich einer grossen Herausforderung. Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den erfreulichen Bericht vom 26. September 2017. Sie stellt fest, dass der Stadtrat vorbildlich und sehr kompetent handelte. Aus der Besucherstatistik geht hervor, dass der Anteil von Stadtzugern im Jahr 2016 sinkend bei 36.76% liegt, also nur gut einen Drittel. Beinahe die Hälfte aber sind Besucher aus den anderen Zuger Gemeinden. Somit ist der Punkt 4 der Petition gerechtfertigt, die Stadt Zug soll und muss weniger belastet werden.

**David Meyer:** Vor der Abstimmung waren die Grünliberalen sicher, dass es das Podium als Institution braucht. Die Grünliberalen waren vor der Abstimmung aber auch sicher, dass Probleme zu

lösen sind. Das blieb auch so nach der Abstimmung. Heute nun kann man sagen, dass der Stadtrat genau das Richtige gemacht hat und es zeigt, dass der Vertrauensvorschuss vor der Abstimmung an den Stadtrat richtig war. In diesem Sinne danken die Grünliberalen dem Stadtrat für die richtigen Massnahmen und der operativen Front weiterhin gutes Gelingen im täglichen Einsatz.

**Gregor R. Bruhin** reagiert auf einige der vorgängigen Voten: Zu Karin Hägi: Wenn Mindestlöhne verlangt werden für die Angestellten, dann wird vermutlich ein Mittagsmenu von CHF 14.50 nicht mehr möglich sein. Dann müssten die Preise entsprechend erhöht werden, um diese Löhne bezahlen zu können. Von den Vertretern der CVP und der FDP hat Gregor R. Bruhin das Verständnis erhalten, dass es die Steuergruppe usw. nicht mehr gebraucht hätte. Der in letzter Minute von der CVP lancierte 6-Punkteplan hätte völlig genügt. Gregor R. Bruhin stellt aber fest, dass der Stadtrat während dem Abstimmungskampf klare Versprechungen gemacht hat, worauf er schauen werde und was er aufnehmen werde. Stadtrat Urs Raschle hat Wort gehalten. Es war alles versprochen bevor ein Resultat vorlag. Die CVP-Fraktion war mit ihrem 6-Punkteprogramm ziemlich nervös und dachte, der Betriebskredit gehe bachab. Daher ist man in letzter Minute mit diesem Plänchen gekommen. Der Stadtrat hat aber klare Versprechungen gemacht und sich auch daran gehalten. Gregor R. Bruhin glaubt auch, dass diese heutige Ausgangslage im Podium 41, welche breite Zufriedenheit auslöst, dank dem entsprechenden Referendum und weil Druck auf den Betrieb ausgeübt wurde, besteht. Man stellte damit klar, dass es so nicht weiter geht und man entsprechende Punkte gelöst haben wolle. Stadtrat Urs Raschle hat dies aufgenommen und mit dem Gesamtstadtrat gelöst. Gregor R. Bruhin hofft, dass auf dieser Schiene weitergefahren wird und man dann über die nächsten Jahre eine ruhige Lösung dort am See besteht wie sie jetzt ist.

**Martin Eisenring** findet es auch schön, dass es jetzt besser geht. Langfristig ist aber schon fraglich, ob es eine Steuerungsgruppe braucht. Es war sicher gut und wird anerkannt, dass das so war. Es ist aber schon vernünftig, zu überlegen, wie das Podium 41 weiter betrieben werden soll. Sonst hat dann jede Institution eine Steuerungsgruppe. Wie sieht das der Stadtrat? Kann irgendwann, wenn die Abläufe funktionieren, die Steuerungsgruppe auch wieder aufgehoben werden? Kostet sie etwas? Die GGZ ist eine gemeinnützige Organisation und deren Vorstandsmitglieder arbeiten unentgeltlich

**Philip C. Brunner, Präsident GPK**, ist seit über 40 Jahren in der Gastronomie tätig. Auch er findet die von den beiden linken Damen angeführte Minimallohnsituation sehr schlecht. Im Bericht steht, man würde täglich zirka 60 Menüs verkaufen. Das ergibt inkl. 8% Mehrwertsteuer einen Umsatz von CHF 870.00. Im Bericht steht auch, dass man manchmal 90 Menüs für 1'305.00 verkauft. Wird nun der Preis für ein Menü um CHF 2.00 erhöht, ergeben sich dadurch zusätzlich CHF 120.00 Einnahmen. Gleichzeitig gibt die Stadt für das Podium 41 täglich über CHF 900.00 aus. Die Subventionen und die Einnahmen sind daher fifty-fifty. Dort liegt ein riesen Problem. Mit diesen zur Verfügung stehenden Summen können keine höheren Löhne bezahlt werden. Philip C. Brunner möchte nicht sagen, weshalb die Löhne im Gastrogewerbe in den letzten zwanzig Jahren nach unten tendierten, was Tatsache ist. Philip C. Brunner war in den 80er Jahren Direktor eines Gastrobetriebes. Damals wurden nominal weit höhere Löhne bezahlt als heute. Ohne hier eine Zuwanderungsdebatte zu führen, sei festgestellt, dass es Gründe gibt, wa-

rum heute tiefere Löhne bezahlt werden. Es ist bedauerlich, dass die Linke das hier mit Krokodilstränen beweint. Philip C. Brunner könnte x Beispiele nennen, bezieht sich aber auf den hier anwesenden früheren Präsident des Gewerbeverbandes: Wenn er jeden Tag für seine Betriebe CHF 1'000.00 einfach so als Manna vom Himmel kriegen würde, weiss Philip C. Brunner nicht, ob er heute Abend hier sitzen und dem Rat das Zvieri servieren würde. Die erste Grundregel des Geschäfts heisst: Preise mal Transaktion gibt Umsatz. Zweitens muss man hinschauen, wen man anstellt. Eine gute Mitarbeiterin kostet vielleicht etwas mehr als jene, die für Minimallohn arbeitet. Das ist auch eine Regel. Was macht der Staat? Der Kanton Zug macht es vor und die Stadt macht es nach: man verzichtet darauf, selber Leute einzustellen, sondern delegiert den Auftrag an Organisationen, schliesst mit diesen Leistungsvereinbarungen ab und verschliesst die Augen, was dann passiert. Einer der Vorzüge dieser Begleitgruppe ist, diesen Punkt mal aufzunehmen. Man muss auch mal aus dem Glashäuschen der Stadtverwaltung heraustreten und die Realitäten auf dem Markt sehen. Man würde staunen, mit welchen Problemen die kleinen Gewerbler, die direkt konkurrenziert werden, konfrontiert werden. Wer kann in der Stadt Zug mit Miete und Löhnen zu CHF 14.50 Preis pro Menü existieren? Alles was unter 20.00 bis 25.00 in dieser Stadt am Mittag angeboten wird, hat zur Folge, dass entweder das Personal leidet, man einen super Mietvertrag hat oder Sponsoren am Werk sind, die Unterstützungen leisten. Sonst kann das nicht funktionieren. Philip C. Brunner hat grosses Verständnis dafür, was die Linke macht. Sie hat unbestritten viel erreicht in diesem Land und vor allem den einfachen Leuten geholfen. Philip C. Brunner kommentiert nicht, was sie heute machen, das ist eine andere Geschichte. Der Stadtrat ist aber gut beraten, genau hinzuschauen, wer dort arbeiten kann und mit welchem zeitlichen Aufwand. Das wäre vielleicht nützlicher als manches Dokument, das aus der Stadtverwaltung folgt. Man würde besser den Leuten selber das Geld direkt geben und nicht irgendwelche Kunstprojekte finanzieren.

**Stadtrat Urs Raschle:** Vor zwei Jahren war die Stimmung bezüglich Podium 41 in diesem Rat ziemlich anders, man stand kurz vor dem Abstimmungskampf. Bereits damals im Abstimmungskampf hat Stadtrat Urs Raschle selber an einer Podiumsveranstaltung gesagt, dass es einen runden Tisch geben werde, um diese Massnahmen zu besprechen. Dies wurde dann auch umgesetzt. Da war einer der Punkte die vermehrte Mitbestimmungsmöglichkeit seitens der Politik und der Gegner. Daher wurde die damals bereits bestehende Gruppe zwischen Stadt und GGZ, welche eine gewisse Kontrollfunktion hatte, zur Steuerungsgruppe ausgebaut mit je einem Vertreter des Pro- und einem des Kontrakomitees. An dieser Stelle bedankt sich Stadtrat Urs Raschle sehr herzlich für die gute Zusammenarbeit und den Einsatz dieser Gruppe. Es war die richtige Entscheidung. So können wichtige Fragen auch vertieft miteinander diskutiert und breit abgestützt besprochen werden. Vor zwei Jahren war das Podium 41 ziemlich angeschlagen. Heute fällt die Debatte schon etwas kürzer aus. Hoffentlich wird sie in zwei Jahren noch kürzer sein. Das sind auch der Verdienst und das Resultat der guten Arbeit der Gruppe. Wer weiss: In sechs bis sieben Jahren sieht dann die Situation wieder anders aus mit dieser Gruppe. Alles braucht aber seine Zeit. In den letzten Monaten wurde festgestellt, dass die Nachfrage zugenommen hat bezüglich Mittagessen. Dies ist an sich höchst erfreulich, bringt nun aber die neue Situation mit sich, dass die Kosten nicht mehr ganz gedeckt werden können. Das hat die Gruppe aufgenommen und entschieden, zumindest bei gewissen Menüs den Preis nach oben zu korrigieren. Vielleicht sieht es dann in vier oder sechs Jahren nochmals besser aus, wenn die Nachfrage noch weiter ansteigt. Es braucht aber seine Zeit, weshalb die Arbeit der Steuerungsgruppe sehr wichtig ist. Zur Frage bezüglich der Gemeinde Ottenbach: Es gibt durchaus auch Gäste im Podium von ausserhalb des

Kantons. Die Studie hat im Juli stattgefunden. Damals war kein Gast aus Ottenbach dabei, hin und wieder gibt es aber Gäste aus dem Säuliamt oder aus anderen Gegenden. Deshalb ist der Name Ottenbach erwähnt. Das zeigt, dass das Podium auch eine gewisse Ausstrahlungskraft in die anderen Gegenden hat. Stadtrat Urs Raschle möchte es nicht unterlassen, namens des Stadtrates dem gesamten Team der GGZ und insbesondere im Podium 41 für die hervorragende Arbeit zu danken. Sie leisten viel für die soziale Sicherheit in dieser Stadt, das ist nicht immer einfach.

**Ergebnis:**

**Ratspräsident Hugo Halter** stellt fest, dass der Grosse Gemeinderat den Bericht des Stadtrates zur Kenntnis genommen hat.

## **7. Mitteilungen**

**Ratspräsident Hugo Halter:** Die GGR-Mitglieder finden auf ihren Pulten die Einladung zum 13. Zuger Wirtschaftsmittag.

**Die nächste Sitzung des GGR findet statt:**

Dienstag, 21. November 2017, 17.00 Uhr

**Ratspräsident Hugo Halter:** Im Anschluss an die nächste Sitzung findet das diesjährige Weihnachtsessen im Restaurant Guggital gemäss separater Einladung statt. Über die Traktandenliste dieser Sitzung wird sich Ratspräsident Hugo Halter noch Gedanken machen.

Für das Protokoll

Martin Würmli, Stadtschreiber